



AKW-Ausbau

# Strahlende Zukunft in Osteuropa

Die neuen EU-Mitglieder stehen der Atomkraft mehrheitlich offen gegenüber. Klimaschutzziele und die Abhängigkeit von russischem Gas lassen sie zur Kernenergie greifen. Eine Übersicht.

## Tschechien

In Tschechien befürworten sowohl die Politik als auch die Bevölkerung die Kernenergie. Am 19. Mai hat die Regierung eine Aktualisierung der staatlichen Energiestrategie beschlossen. Demnach soll die Kernkraft in Tschechien 2050 einen Anteil von 46 bis 58 Prozent am Energiemix des Landes haben. Dafür werden neue Reaktoren in beiden tschechischen Kernkraftwerken, in Temelin und Dukovany, errichtet. Der Bau des ersten Blocks soll schon 2016 ausgeschrieben werden (die österreichische Reaktion darauf lesen Sie auf Seite 2.)

## Rumänien

An der Donau in Cernavodă steht das einzige Atomkraftwerk des Landes. Seit Jahren sucht der staatliche Betreiber Nuclearelectrica nach Investoren, um den Ausbau der Anlage zu stemmen. Westliche Unternehmen haben abgesagt, nun sollen es die chinesischen Investoren von General Nuclear Power leisten. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde 2014 unterschrieben. Kürzlich hat Nuclearelectrica Beratungsleistungen in Höhe von 1,8 Millionen € ausgeschrieben.

Gesucht werden Konsulenten im juristischen, finanziellen und technischen Bereich. Die zwei neuen Reaktoren sollen sechs Milliarden € kosten.

## Slowakei

Gleich zwei Atomkraftwerke liefern in der Slowakei Strom – in Bohunice und am Standort Mochovce. Letzteren lässt der slowakische Energiekonzern SE derzeit um zwei Meiler erweitern. Der Ausbau wird die ursprünglich kalkulierten Kosten von 2,8 Milliarden € laut Radio Prag aber um 1,8 Milliarden € übertreffen. Ohne Atomstrom wäre die Slowakei zu 100 Prozent von Energieimporten aus dem Ausland angewiesen, sagte der slowakische Wirtschaftsminister, Pavol Pavlis, im vergangenen November. Die Slowakei ist vollkommen von russischem Gas abhängig.

## Bulgarien

Im Kommunismus liefen in Bulgarien einst sechs Meiler, der EU-Beitritt bedingte die Abschaltung vierer – aus Sicherheitsgründen. Seither versucht Sofia, die AKW-Leistung auszubauen. Das Projekt mit russischer Beteiligung am Standort Belene scheiterte. Nun soll das bestehende Kraftwerk in

Kosloduj ausgebaut werden. Im vergangenen August hat die bulgarische Regierung ein Abkommen mit dem US-Unternehmen Westinghouse für den Bau eines neuen Blocks unterschrieben. Der neue Reaktorblock soll eine Kapazität von 1100 Megawatt und eine Betriebsdauer von 60 Jahren haben.

## Ungarn

Im Jänner 2014 hat der ungarische Regierungschef, Viktor Orbán, mit dem russischen Unternehmen Rosatom überraschend ein Abkommen über den Bau von zwei weiteren Reaktorblöcken in Paks unterzeichnet. Die Vereinbarung, die ohne Ausschreibung und öffentliche Konsultation zustande gekommen war, hatte im In- und Ausland für viel Kritik gesorgt. Das Projekt finanziert Ungarn mit einem russischen Kredit in Höhe von zehn Milliarden €.

## Polen

Im Sommer 2009 hatte die polnische Regierung ein Kernkraftprogramm für Polen verabschiedet, das den Bau dreier AKW mit einer Leistung von 5000 Megawatt vorsah. Mittlerweile ist das Projekt aber ins Stocken geraten. Wahrscheinlich nicht realisiert werden Pläne, ein AKW in Litauen zu bauen, das neben den baltischen Staaten auch Polen mit Strom versorgt hätte.

AURELIUSZ M. PEDZIWOŁ  
EVA KONZETT  
eva.konzett@wirtschaftsblatt.at



Das slowakische AKW Mochovce wird derzeit erweitert – und steht als Beispiel für den Umgang Osteuropas mit der Kernenergie.

## Bergbau

# Gewinne mit Kohle in Polen

Polens staatliche Steinkohlegruben haben Probleme. Das schreckt Investoren aber nicht ab, auf Kohle zu setzen.

**WirtschaftsBlatt:** Während die staatlichen Steinkohlegruben in Schlesien Probleme mit der Rentabilität haben und ums Überleben kämpfen, bereitet Ihr Unternehmen, die Berliner Gesellschaft HMS Bergbau, die Eröffnung eines großen Bergwerks in Orzesze (Orzesze), südlich von Gliwicz (Gliwice) vor. Sind Profite aus der Kohle in Polen wirklich noch möglich?

**Heinz Schernikau:** Das Grundproblem der polnischen Kohleindustrie ist, dass die Kosten zu hoch sind. Auch in Deutschland war es früher so. Die deutschen Gruben konnten unter den gegebenen Marktbedingungen nicht existieren. Man kann eine Produktion nur dann effektiv betreiben, wenn die Kosten niedriger als der Marktpreis sind, sodass ein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Wir würden nicht investieren, ohne davon überzeugt zu sein, dass wir Gewinne machen werden. Sogar, dass wir nachhaltig gute Gewinne machen.

Wie groß ist die Lagerstätte in Orzesze?

Die Reserven liegen bei etwa 680 Millionen Tonnen. Wir streben eine Produktion von drei Millionen Tonnen pro Jahr an. Das werden wir spätestens im Lauf des Jahres 2018 erreicht haben.

Wann beginnt der Abbau?

In zwei Jahren, Ende 2017. Wir wollen eigentlich die ersten kleinen Mengen schon am Ende 2016 fördern.

Wie viele Leute wird das Bergwerk beschäftigen?

700 bis 800 Personen. Das ist ungefähr die Hälfte der Zahl der Beschäftigten in einer ähnlich großen staatlichen Grube.

Wie kann man so viele Arbeitskräfte sparen?

Wir benutzen die modernste Technologie für den Abbau. Wir sind auch nicht von einer nicht mehr zeitgemäßen, zwanzigjährigen Entwicklung belastet. Auch der oberste Standard der Sicherheit in den polnischen Gruben, den wir besonders schätzen, kann heutzutage mit moderner Technik und Technologie anders erreicht werden. (amp)



Der deutsche Kohlespezialist Heinz Schernikau will Gewinne machen.

## Zur Person

**Heinz Schernikau**  
CEO der HMS Bergbau AG

■ **Kohle.** Schernikau ist Gründer der HMS Bergbau AG aus Berlin, einer der führenden Kohlehändler in Deutschland, der weltweit an Stromhersteller und Industrie liefert. Die Gesellschaft hat auch Bergwerke in Südafrika und Indonesien. Die HMS Bergbau AG ist seit 2008 an der Frankfurter Börse notiert.

## In Kürze

### Erste Group verliert vor britischem Gericht

Die österreichische Erste Group hat vor einem Londoner Handelsgericht gegen den russischen Staatskonzern Rostekh im Zusammenhang mit der insolventen Wolgograder Metallfabrik Roter Oktober eine Schlappe erlitten. Die Londoner Filiale der Erste Group hatte sich 2007 an einem Bankkonsortium beteiligt, das der Metallfabrik einen Kredit von 80 Millionen US-\$ (73 Millionen €) zur Verfügung gestellt hatte. 2009 stoppte die Fabrik ihre Rückzahlungen und erklärte sich für zahlungsunfähig. Die Bank warf dem Staatskonzern vor, die Zahlungsunfähigkeit mutwillig herbeigeführt zu haben. Das Gericht erklärte sich zunächst für zuständig, gab aber nun der Beschwerde des russischen Konzerns statt. (apa)

### Russische Rosinenbomber für Transnistrien

Das ukrainische Parlament hat vergangene Woche mehrere Militärabkommen mit Russland aufgekündigt. Über das ukrainische Festland kann Moskau das von der Republik Moldau abtrünnige und Russland hörige Transnistrien und die dort stationierten russischen Soldaten nun nicht mehr versorgen. Eine Möglichkeit besteht noch über

die moldauische Hauptstadt Chişinău. Medienberichten zufolge schicken moldauische Behörden russisches Militär allerdings wieder zurück. Man habe keine andere Möglichkeit mehr, als die Versorgung über eine Luftbrücke zu gewährleisten, heißt es aus dem russischen Verteidigungsministerium. Die russischen Truppen würden aber „auf jeden Fall“ beliefert werden. (ekon)

### Präsidentenpalast von Erdoğan ist Schwarzbau

Das oberste Verwaltungsgericht der Türkei hat den umstrittenen Palast von Präsident Recep Tayyip Erdoğan offiziell zum Schwarzbau erklärt. Wie mehrere türkische Medien am Dienstag berichteten, verwarfen die Verwaltungsrichter einstimmig die grundsätzliche Baugenehmigung für den Palast. Die zuständige Denkmalschutzbehörde hatte den Bau des riesigen Komplexes mit seinen 1100 Zimmern auf einem geschützten Gelände in der Hauptstadt Ankara erlaubt. Erdoğans Palast ist unter anderem wegen seiner hohen Kosten umstritten. Der Bau des auf einer Fläche von mehr als 200.000 Quadratmetern errichteten Gebäudes kostete die türkischen Steuerzahler rund eine halbe Milliarde Euro. Kritiker werfen Erdoğan deshalb Prunksucht vor. (apa)